

Regenbogenfamilien

Praxisorientierte Empfehlungen basierend auf der Studie „Wir sind Eltern!“ zur Lebenssituation Kölner Regenbogenfamilien

Dominic Frohn

Zusammenfassung: Der Artikel hat die Zielsetzung, Erkenntnisse der Kölner Studie „Wir sind Eltern!“ komprimiert und praxisrelevant zusammenzufassen: Dabei fokussiert der Beitrag die Perspektive von LSBT*-Eltern aus Köln, aus der sich Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation von Regenbogenfamilien ableiten lassen. Zunächst wird knapp der methodische Hintergrund der Untersuchung skizziert, danach werden die zentralen demografischen Aspekte wiedergegeben und im Weiteren wird auf die Ergebnisse zur Zusammensetzung des Familiensystems sowie zur Familien- und zur Lebenssituation eingegangen. Abschließend werden in modifizierter und aktualisierter Form zehn praxisorientierte Empfehlungen der Studie gegeben, die in Hinblick auf ihre Anwendbarkeit auf ganz Deutschland geprüft werden.

Schlüsselwörter: Regenbogenfamilie, Queer Familys, lesbische Eltern, schwule Eltern, Familiensystem, Familiensituation, Lebenssituation, Diskriminierung

Rainbow Families: Pragmatic Suggestions derived from the Study „Wir sind Eltern!“ on the Life Situation of Rainbow Families in Cologne

Abstract: The article gives a condensed and practically oriented overview of the results of the Cologne-based study „Wir sind Eltern“ („We are Parents!“): Its main focal point is on the perspective of LGBT* parents from Cologne, and it offers proposals on how to improve the life situation of rainbow families. At first, the methodical background of the study is briefly outlined, then, central demographic aspects are presented, and results pertaining to the family system's structure as well as the family and overall life situation are explored. Finally, ten pragmatic recommendations are presented in a modified and updated form, and their feasibility in Germany examined.

Keywords: Rainbow family, queer family, lesbian parents, gay parents, family system, family situation, life situation, discrimination

Vorabbemerkung

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen aktualisierten und modifizierten Auszug aus der Studie „Wir sind Eltern!“ (Frohn, Herbertz-Floßdorf & Wirth, 2011; siehe Literaturverzeichnis inklusive Link zum PDF-Dokument der Studie), die im Auftrag der Stadt Köln das Ziel verfolgte, die Lebenssituation Kölner Regenbogenfamilien zu erheben und praxisorientierte Empfehlungen teilweise politischer Natur abzuleiten. Diese Empfehlungen werden im vorliegenden Beitrag in Hinblick auf ihre Aktualität geprüft und ihre Anwendbarkeit für ganz Deutschland wird diskutiert.

Methodischer Hintergrund

Die Studie „Wir sind Eltern!“ folgt einem quantitativ-qualitativen Mixed-method-Design. Das quantitative Teilprojekt bildete die empirische Hauptgrundlage der Studie und umfasste einen für eine größere Zielgruppe geeigneten, ausführlichen Online-Fragebogen. Das qualitative Teilprojekt basierte auf vier persönlichen Interviews spezifischer Familientypen. In diesen Interviews bestand die Möglichkeit, wesentliche Aspekte ausführlicher zu besprechen, als dies in einer Online-Befragung möglich ist.

Die Bewerbung des Forschungsprojekts war breit gefächert: Über die Stadt Köln wurden alle

Personen postalisch kontaktiert, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben (da viele die eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen, um über dieses Instrument die Absicherung für ihre Kinder zu erhöhen). Auch das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln bewarb die Studie, z. B. auf den Internet-Seiten der Stadt.

Daneben wurden die Kanäle der LSBT*-Organisationen und ihrer Medien genutzt: Die Kooperationspartner der Studie, das Beratungszentrum Rubicon (spezialisiert auf LSBT*-Anliegen inklusive Regenbogenfamilien) und der LSVD (Lesben- und Schwulenverband Deutschland) haben den Studienaufruf über ihre Newsletter sowie die jeweiligen Internet-Seiten beworben. Auch weitere Organisationen wie die Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW, das schwule Netzwerk NRW etc. sowie LSBT*-Medien haben zur Beteiligung an der Studie aufgerufen.

Qualitatives Teilprojekt: Halbstandardisierte Interviews

Im qualitativen Teilprojekt wurden vier persönliche Gespräche als halbstandardisierte Interviews anhand eines Interviewleitfadens geführt, der je nach Familiensituation des/der Interviewpartner_in zehn bis zwölf Fragenkomplexe enthielt, die sich jeweils in durchschnittlich drei bis sechs Unterfragen pro Fragenkomplex differenzierten. Interviewt wurde jeweils eine Person aus den vier primär bestehenden Familientypen, die aus der Familienstrukturierung im Rahmen der quantitativen Auswertung der Online-Befragung resultierten (eine Familie mit Kindern aus heterosexueller Vergangenheit, eine Familie lesbischer Mütter, eine schwuler Väter und eine Familie, die sich aus lesbischen Müttern und schwulen Vätern zusammensetzt).

Die Interviews dauerten durchschnittlich 60 bis 90 Minuten und wurden gemäß der Tonbandaufzeichnung transkribiert und ausgewertet. Einige Ergebnisse der vier qualitativen Interviews werden jeweils themenspezifisch im Rahmen der Darstellung der quantitativen Ergebnisse in den Text mit eingeflochten.

Quantitatives Teilprojekt: Online-Befragung

Der Fragebogen zur Studie war vom 17.12.2010 bis zum 31.01.2011 online abrufbar (Kurzversion mit 42 Fragen, durchschnittlich 6 bis 10 Min. Bearbeitungszeit, und Langversion mit 86 Fragen, durchschnittlich 20 bis 40 Min. Bearbeitungszeit; jede_r Befragte konnte nach der Kurzversion entscheiden, in die Langversion der Befragung zu wechseln oder die Befragung zu beenden). Am Ende der Befragung wurde die Möglichkeit gegeben, die eigenen Kon-

taktdaten zu hinterlassen, um die Bereitschaft für ein persönliches Interview zu kommunizieren bzw. sich für die Zusendung der Studienergebnisse registrieren zu lassen.

Jede_r Befragte ist Teil eines Familiensystems. Weil es denkbar ist, dass mehrere Personen einer Familie unabhängig voneinander an der Befragung teilnehmen, war es wichtig, neben der Anzahl der Befragten eine Möglichkeit zu generieren, auch Aussagen über die Anzahl der Familien treffen zu können. Um aus der Personenzahl der Befragten auf die Anzahl der Familien zu schließen, war es notwendig, in der Online-Befragung einen Code, der sich über Angaben zum jüngsten Kind in der Familie konstituiert, abzufragen (mehr Informationen dazu in der Studie selbst). Der Code ermöglichte es, im Fall der Teilnahme mehrerer Personen aus einer Familie diese Personen einander zuzuordnen, sodass die absolute Zahl der Familien nicht überschätzt wurde. Auf diese Weise konnten Erfahrungen von 143 der befragten Eltern berücksichtigt werden. Diese Befragten leben in 114 Familien mit 169 Kindern. Eine umfassende Beschreibung der Stichprobe inklusive weiterer demografischer Informationen ist der Studie selbst zu entnehmen (Frohn et al., 2011).

Darüber hinaus sollen nun – bevor das Fazit inklusive der zehn Empfehlungen der Studie in den Fokus dieses Beitrags rückt – kurz einige der wichtigsten Ergebnisse der Studie zur Demografie, zum Familiensystem, zur Familiensituation und zur Lebenssituation skizziert werden.

Ergebnisse

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die demografischen Erkenntnisse und danach die empirischen Erkenntnisse zum Familiensystem, zur Familien- und zur Lebenssituation vorgestellt.

Demografische Erkenntnisse zur vorliegenden Studienstichprobe

Für die vorliegende Stichprobe wird zunächst einmal deutlich, dass in den Konstellationen, in denen gleichgeschlechtlich liebende Menschen Eltern werden, Frauen häufiger vertreten sind (bezüglich des biologischen Geschlechts 73 % weibliche versus 23 % männliche Befragte; dieses Ergebnis entspricht auch anderen Untersuchungen; vgl. Rupp, 2009). Dieser Unterschied lässt sich zum einen darüber erklären, dass die Elternschaft für lesbische Frauen – aufgrund der biologischen Gegebenheiten – leichter zu erreichen ist als für schwule Männer. Auch die nach wie vor existente gesellschaftliche Prägung bezüglich

Geschlechterrollen („Mutter-“ und „Vaterrolle“; vgl. Schmitt, Trappe & Wengler, 2010) dürfte in ihren Auswirkungen einen Beitrag zum festgestellten Unterschied leisten. Gleichzeitig ergeben sich aus der Studie aber auch Hinweise, dass in den Konstellationen mehr Männer eine Rolle spielen, als bis dato angenommen (siehe nächster Abschnitt, Diskussion der Ergebnisse bezüglich des Familiensystems).

Darüber hinaus haben wir es mit einer Populati-on zu tun, deren Alter in Relation zu heterosexuellen Eltern recht hoch ist: 80% der Befragten sind zum Zeitpunkt der Erhebung zwischen 30 und 49 Jahre alt. Dies steht sicher auch im Zusammenhang mit dem hohen Bildungsniveau der Personen: 75% der Befragten haben die (Fach-)Hochschulreife erlangt und 52% der Befragten ein Hochschulstudium abgeschlossen. Somit lässt sich festhalten, dass die Eltern in den erhobenen Konstellationen etwas älter sind und gleichzeitig ein höheres Bildungsniveau mitbringen als der Bevölkerungsdurchschnitt (Destatis, 2010a; dieser Bildungsbias findet sich in vielen größeren LSBT*-Studien: möglicherweise zeigt die Zielgruppe ein besonderes Engagement im Bildungsbereich, gegebenenfalls ist es auch eher eine Subgruppe mit höherer Ansprechbarkeit für sozialwissenschaftliche Forschung, die an solchen Untersuchungen teilnimmt). Vor dem Hintergrund dieser Studie ist also davon auszugehen, dass die Kinder in Regenbogenfamilien bezüglich ihrer zukünftigen Bildungsbiografie besonders günstige Startvoraussetzungen vorfinden.

Hinsichtlich der Religionszugehörigkeit unterscheiden sich die Befragten von der Gesamtbevölkerung: Etwa 10% mehr als der durchschnittliche Deutsche geben an, keiner der genannten Religionsgemeinschaften anzugehören (vgl. fowid, 2010). Dieses Ergebnis dürfte damit zusammenhängen, dass die Kirchen (insbesondere die katholische) gleichgeschlechtliche Partnerschaften und daraus folgend insbesondere gleichgeschlechtliche Elternschaft in der Regel nicht als gleichberechtigte Lebensform akzeptieren.

Der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund (17%) unterscheidet sich nahezu nicht von dem der Gesamtbevölkerung (18%; vgl. Destatis, 2009).

Erkenntnisse zum Familiensystem

Im Zusammenhang mit dem Familiensystem ist zunächst einmal festzuhalten, dass es sich bei den Befragten, die sich für die Elternschaft entscheiden, zumeist um Personen handelt, die in einer Partnerschaft leben (97%). Mehr als zwei Drittel der Befragten leben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (67%) und haben sich demnach für eine

Institutionalisierung der partnerschaftlichen Beziehung entschieden. Diese Entscheidung dürfte mit der daraus resultierenden Sicherheitserhöhung für das Kind bzw. die Kinder, z. B. durch die Möglichkeit der Stiefkindadoption, in Zusammenhang stehen.

Die Angaben der Befragten zur Partnerschaftsdauer und die Anzahl der Personen, die ihr Kind bzw. ihre Kinder ohne Beteiligung eines zweiten Elternteils erziehen, sprechen für eine relative Stabilität der Partnerschaften. Nur 6 von 114 Familien sind Eineltern-Familien, was einem Anteil von 5% entspricht. In der deutschen Gesamtbevölkerung ist u. a. auch durch die kontinuierlich steigenden Scheidungsquoten der Anteil der Alleinerziehenden deutlich höher. Im Jahr 2009 war jede fünfte Familie in Deutschland die einer alleinerziehenden Mutter oder eines alleinerziehenden Vaters (Destatis, 2010b).

Eine wesentliche Besonderheit der Elternschaft in lesbischen bzw. schwulen Zusammenhängen besteht – zumindest, wenn die Entscheidung für die Elternschaft in der homosexuellen Lebensphase getroffen wird – darin, dass es sich aus biologischen Gründen nicht um „Zufallskinder“ handeln kann. Dieser hohe Grad der Bewusstheit bei der Entscheidung für das Kind könnte dazu beitragen, dass die Grundvoraussetzungen für das künftige Kind gründlicher analysiert werden und die Stabilität der Partnerschaft einen wesentlichen Aspekt in dieser Analyse bildet.

Wie im vorherigen Abschnitt angesprochen, spielen in den befragten Konstellationen mehr Männer eine Rolle, als in der bisherigen Forschung festgestellt wurde: In 53% der Familien ist kein Vater als Bezugsperson eingebunden. In 47% der Familien ist jedoch mindestens ein Vater in das Familiensystem eingebunden.

Die Vielfalt der Familienkonstellationen im Kontext gleichgeschlechtlicher Elternschaft ist bemerkenswert, gleichzeitig lässt der Versuch einer abstrakten Abbildung dieser Familienmodelle folgende übergeordnete Strukturierung zu:

1. Familien mit Kind/Kindern aus heterosexueller Vergangenheit (22; 19%)
2. Familien lesbischer Mütter (52; 46%)
3. Familien schwuler Väter (11; 10%)
4. Familien mit lesbischen Müttern und schwulen Vätern (Queer-Family, 29; 25%)

Den Hauptanteil bilden die Familien lesbischer Mütter, gefolgt von den Queer-Families, den Familien mit Kind/Kindern aus heterosexueller Vergangenheit und den Familien schwuler Väter.

Die Tatsache, dass nicht nur generell mehr Frauen in der Stichprobe vertreten sind, sondern auch, dass der Anteil der Familien, in denen ausschließlich Männer an der Erziehung der Kinder beteiligt sind, relativ gering ist, scheint den Eindruck der gesellschaftlichen Prägung bezüglich Geschlechteraspekten und Elternschaft abermals zu bestätigen.

Einen weiteren grundlegenden Faktor bildet vermutlich die Tatsache, dass sich aufgrund der biologischen und juristischen Gegebenheiten die Realisierung des Kinderwunsches für schwule Männer nochmals erheblich schwieriger gestaltet, als das für lesbische Frauen ohnehin schon der Fall ist. Dies wird auch daran deutlich, dass in Familien schwuler Eltern der Kinderwunsch in der Regel nicht in Form der leiblichen Elternschaft, sondern durch die Übernahme einer Pflegschaft bzw. Adoption eines Kindes verwirklicht wird. Wichtig erscheint weiterhin, dass der Weg zur Familiengründung bei dem Großteil der Fälle jedoch über leibliche Elternschaft realisiert wird: 89% der Kinder (150 der 169) sind leibliche Kinder wenigstens eines Elternteils.

Hinsichtlich der Kinderanzahl in den Familien und daraus resultierend bezüglich der Familiengröße ist zu resümieren, dass es sich zu großen Teilen (noch) um relativ kleine Familien, d. h. um Familien mit einem Kind handelt. Diese Zahlen entsprechen den Ergebnissen der Studie des Bundesjustizministeriums (BMJ; vgl. Rupp, 2009) zu gleichgeschlechtlichen Familien. Darin unterscheiden sich die (für sozialwissenschaftliche Forschung erreichbaren) Regenbogenfamilien von der Zusammensetzung der Familien im Bevölkerungsdurchschnitt. Dieser Unterschied ist sicher auch über den oben bereits genannten Faktor zu erklären, dass sich die Realisierung des Kinderwunsches für Regenbogenfamilien schwieriger gestaltet als für heterosexuelle Eltern.

Das Alter der Kinder spricht für einen möglichen zukünftigen Zuwachs innerhalb der Familien, denn zumindest in den „neuen“ Familientypen – also solchen Familien, in denen die Entscheidung für das Kind/die Kinder in der gleichgeschlechtlichen Lebensphase getroffen wurde – sind die Kinder sehr jung: 90 der 111 Kinder, die in Familien lesbischer oder schwuler Eltern bzw. in Queer-Families aufwachsen, sind unter sechs Jahre alt. Demnach gehen 81% der Kinder in diesen Familienkonstellationen noch nicht zur Schule.

Vor diesem Hintergrund ist sicher erstens zu konstatieren, dass auch zukünftig im Themenfeld neuer Familienformen in Forschung zu investieren ist, um die Entwicklung dieser jungen Kindergene-

ration zu begleiten. Zweitens bietet diese Situation eine erhebliche Chance: Für diese Kindergeneration ein (schulisches) Umfeld zu gestalten, das sie in ihrer besonderen Lebenssituation akzeptiert und unterstützt, sodass Diskriminierungserfahrungen (siehe Abschnitt zur Lebenssituation) vermieden oder wenigstens reduziert werden können.

Darüber hinaus ist auf der Ebene des Familiensystems noch zu erwähnen, dass bei circa einem Viertel der Familien (22%) noch weitere erwachsene Personen an der Erziehung des Kindes/der Kinder beteiligt sind. In diesen Konstellationen scheint also eine größere Erwachsenenanzahl Verantwortung für die Kinder zu übernehmen. Daraus ergibt sich für das Kind neben den Eltern eine Auswahl an zusätzlichen Betreuenden. Diese Situation bietet dem Kind die Chance weiterer Bezugspersonen, unter anderem solcher, die ein anderes biologisches Geschlecht als die eigenen Eltern haben.

Erkenntnisse zur Familiensituation

Im vorherigen Abschnitt wurde bereits erläutert, wie viele Kinder in gleichgeschlechtlichen Familien aufwachsen. Wesentlich scheint es zu sein, den Aspekt der Familiengründung in der gleichgeschlechtlichen Lebensphase hervorzuheben: Die Entscheidung für 65% der Kinder wurde nach dem lesbischen bzw. schwulen Coming-out, also in der homosexuellen Lebensphase getroffen. Insgesamt handelt es sich um 110 Kinder, die demnach in die gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren bzw. in diese aufgenommen wurden. Diese Zahl ist deutlich höher als in der BMJ-Studie, in der 53% der Kinder in die aktuelle gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren wurden (Rupp, 2009). Dieser Unterschied zwischen 2007/2008 und 2010/2011 (Erhebungsdatum der BMJ-Studie versus Erhebungsdatum der Studie „Wir sind Eltern!“) scheint als vorsichtiges Indiz dafür interpretierbar zu sein, dass sich eine Veränderung im (Selbst-)Bewusstsein lesbischer Bürgerinnen und schwuler Bürger vollzieht, die gleichgeschlechtliche Elternschaft denk- und lebbar werden lässt. So ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Kinder in solchen Konstellationen und die Zahl der Regenbogenfamilien grundsätzlich weiter steigen wird. Gleichzeitig ist zu vermuten, dass der Anteil von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, die aus früheren heterosexuellen Beziehungen stammen, weiter abnehmen wird (vgl. Eggen, 2007, zitiert nach Rupp, 2009).

Ein weiterer interessanter Aspekt, der die Lebenssituation in Regenbogenfamilien von heterosexueller Elternschaft unterscheidet, ist das demokra-

tische Familienklima mit einer stärker egalitären Verantwortungsaufteilung bezüglich notwendiger Familienaufgaben: 75 % der Familien teilen die Erziehungsaufgaben, 70 % die Haushaltsaufgaben zu gleichen Teilen zwischen den Eltern auf. Eine Studie von Wengler, Trappe und Schmitt (2009) weist nach, dass Frauen in heterosexuellen Konstellationen auch heute noch den mit Abstand größten Teil der Haushalts- und Erziehungsaufgaben übernehmen. Die gleichgeschlechtliche Partner- und daraus resultierend die Elternschaft kann in diesem Aspekt als ein Best-Practise-Beispiel eines postmodernen Familiensystems konzeptualisiert werden, das den Eltern die gleichberechtigte Teilhabe an einer optimalen Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

Hinzu kommt ein weiteres besonderes Merkmal dieser Familienkonstellationen: Für 32 der 114 Familienkonstellationen war die Frage relevant, ob durch die Einbindung des außerhalb des Haushalts lebenden Vaters in den Betreuungsalltag des Kindes die Familie insgesamt entlastet wird. In 50 % der Familien wird durch Unterstützung des nicht im Haushalt lebenden Vaters eine Entlastung des Familiensystems erlebt.

Die eher gleichberechtigte Verantwortungsaufteilung auf der Elternebene, die Entlastung durch außerhalb des Haushalts lebende (biologische und/oder soziale) Elternteile, die in das Betreuungssystem eingebunden werden, und auch die Tatsache, dass in den Queer-Familien mehr als zwei Personen in der Elternrolle beteiligt sind, hat auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Familien.

Besonders die Befragten mit älteren Kindern (ein großer Anteil der Befragten mit Kindern aus der heterosexuellen Lebensphase) und die Befragten aus Queer-Familys sind zu größeren Teilen (ca. 70 %) Vollzeit berufstätig. Bei den Familien lesbischer und schwuler Eltern liegt der Anteil der Vollzeitbeschäftigten bei circa 55 %, was sicher in Zusammenhang mit der eher egalitären Aufteilung der Verantwortung in diesen Beziehungen steht. D. h. den Paaren scheint die Verantwortungsübernahme zu gleichen Teilen so wichtig zu sein, dass sie eventuelle finanzielle Einbußen durch den (teilweisen) Verzicht auf Vollzeitbeschäftigung in Kauf nehmen. Relevant wird dieser Aspekt insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Personen in eingetragener Lebenspartnerschaft. Durch die rechtliche Ungleichbehandlung im Vergleich zu Ehepartner_innen (z. B. bezüglich des Ehegattensplittings etc.), geraten diese Eltern in eine Situation mit doppelt negativen Auswirkungen: Einerseits

entstehen durch die aus familienpolitischer Perspektive unterstützenswerte eigene Entscheidung zur eher egalitären Aufteilung eventuell finanzielle Nachteile für die Familie. Andererseits kommt zusätzlich die nicht durch die Befragten selbst verantwortete Situation der finanziellen Schlechterstellung gegenüber Ehepaaren durch den Gesetzgeber hinzu. Das bedeutet, dass Menschen, die sich durch das Eingehen der eingetragenen Lebenspartnerschaft dazu entscheiden, Verantwortung füreinander zu übernehmen, und die den aus bevölkerungspolitischer Perspektive wertvollen zweiten Schritt der (egalitären) Übernahme von Verantwortung für die nächste Generation gehen, auf diesem Weg vom Gesetzgeber erheblich beeinträchtigt werden.

Die Beeinträchtigungen, die die Familien erleben, beginnen jedoch bereits bei der Familienplanung und nicht erst mit der Förderung nach Familiengründung. Die ersten Komplikationen treten etwa auf, wenn es um ein lesbisches Paar geht, das seinen Kinderwunsch per Spermienbehandlung realisieren möchte. Unter Bezugnahme auf das ärztliche Standesrecht wird diese Behandlung in Deutschland vom Gros der Ärzte abgelehnt (siehe Müller, 2008). Ein enormer Anteil der lesbischen Paare in der vorliegenden Studie, die sich für diesen Weg zum Kind entschieden haben, hat daher Möglichkeiten im Ausland in Anspruch genommen – mit 91 % ist die Zahl um ein Vielfaches höher als in der BMJ-Studie (vgl. Rupp, 2009). Dadurch entstehen für die lesbischen Paare zusätzliche Kostenfaktoren, die – vor dem Hintergrund der ohnehin schlechteren finanziellen Ausstattung weiblicher Erwerbstätiger bzw. der geringeren staatlichen Unterstützung dieser Konstellationen – die Familien in ihren Auswirkungen stark beeinträchtigen. Dazu kommt ein weiterer nicht zu vernachlässigender Kostenfaktor: Die lesbischen Paare nahmen zur Umsetzung ihres Kinderwunsches – gegebenenfalls durch die stärkere Nutzung von Samenbanken und reproduktionsmedizinischen Maßnahmen – häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. Berlin-Institut, 2005) eine In-vitro-Fertilisation in Anspruch. Neben den immensen Kosten, die für diese Maßnahme anfallen (die Befragten geben Werte zwischen 2.500 und 10.000 Euro an), kommt bei der Inanspruchnahme dieser Angebote zusätzlich eine Pathologisierung der Beteiligten hinzu: Häufig ist die In-vitro-Fertilisation medizinisch nicht indiziert, weil keine Unfruchtbarkeit bei den Beteiligten vorliegt (intrauterine Insemination wäre kostengünstiger und vermutlich für einige Kinderwunschkandidatinnen ausreichend).

Bei der Übernahme einer Pflegschaft bzw. bei einer Adoption bestehen ebenfalls erhebliche Schwie-

rigkeiten für gleichgeschlechtliche Paare bzw. gleichgeschlechtlich orientierte Einzelpersonen. Bei der Pflegschaft sind die Paare von der individuellen Vorurteilsstruktur des der zuständigen Mitarbeiter in des Jugendamts abhängig. Bei der Adoption ist es nach wie vor so, dass diese ausschließlich durch eine Einzelperson erfolgen kann und nicht durch ein homosexuelles Paar – was aufgrund der Tatsache, dass Einzelpersonen hier generell weniger Berücksichtigung finden, zu einer indirekten Diskriminierung führt. In den qualitativen Interviews wurde geäußert, dass diese Situation die Befragten häufig so sehr verunsichere, dass der Schritt, sich an die zuständigen Einrichtungen zu wenden, gescheit werde, um diskriminierende Situationen zu vermeiden. Eine aktivere Bewerbung zur Übernahme von Pflegschaften auch durch gleichgeschlechtliche Paare wird von den Befragten als eine gute Möglichkeit gesehen, um diesem Problem zu begegnen. Darüber hinaus sei eine deutliche Formulierung auf den Seiten der entsprechenden Behörde, dass auch gleichgeschlechtliche Paare für die Übernahme von Pflegschaften erwünscht seien, eine simple wie effektive Maßnahme.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu heterosexuellen Familien besteht darin, dass es Konstellationen gibt, in denen die biologische (und teilweise auch soziale) Elternschaft zu einem Teil bei bekannten Personen außerhalb der Kernfamilie liegt. 29 der 114 Familien sind Queer-Familys, darüber hinaus ist in 47% der Familien mindestens ein Vater in das Familiensystem eingebunden und 48 der 150 leiblichen Kinder stammen von einem bekannten Spender in aktiver Vaterfunktion (14 Kinder von einem bekannten Spender ohne Vaterfunktion). Das bedeutet, dass für einen größeren Teil der Befragten eine Mehrelternschaft vorliegt – also wenigstens auf biologischer, in großen Teilen jedoch auch auf sozialer Ebene mehr als zwei Erwachsene in einer elterlichen Rolle sind.

Die Tatsache, dass für diese Familienkonstellationen keine juristisch gesicherte Basis existiert, versuchen die Beteiligten durch private Vereinbarungen auszugleichen: Nur etwa ein Viertel der Befragten trifft keine Vereinbarungen. 89% der Queer-Familys und 79% aller Familien lesbischer Mütter treffen hingegen solche Vereinbarungen. Diese werden zu großen Teilen (83%) von den Befragten in schriftlicher oder schriftlicher und mündlicher Form festgehalten, in 57% sogar juristisch beurkundet.

Diese Erkenntnisse sprechen zum einen abermals dafür, dass die Befragten ein besonderes Engagement zur Realisierung des Kinderwunsches aufweisen. Im ersten Schritt bezieht sich das Enga-

gement darauf, die eigenen Wünsche und Erwartungen an die Elternrolle zu reflektieren und das mit den verschiedenen Verwirklichungsformen schwullesbischer Elternschaft in Abgleich zu bringen, im zweiten Schritt darauf, geeignete „Mit-Eltern“ zu finden, und im dritten Schritt darauf, die (gemeinsame) Elternschaft auf eine gute und gesicherte Basis zu stellen, die individuellen Wünsche und Interessen zu klären und dazu eine Vereinbarung zu formulieren. Darüber hinaus entstehen auch hier gegebenenfalls Kosten – für eventuelle Beratungs- oder Mediationsprozesse im Rahmen der Familienplanung bzw. für die eventuelle juristische Beurkundung der getroffenen Vereinbarungen.

Bezüglich der Identifikation mit dem Begriff „Regenbogenfamilie“ ist eine hohe Ambivalenz auf Seiten der Befragten spürbar. Zum einen gibt es ein Bedürfnis nach Normalität, das den Wunsch auslöst, als eine Familie wie jede andere auch betrachtet zu werden. Andererseits existiert ein Bedürfnis nach Identität und Sichtbarkeit, das auch aus der Perspektive der Befragten einen eigenen Begriff notwendig macht.

Etwa ein Viertel der Befragten erlebt Konflikte innerhalb der Herkunftsfamilien, obwohl diese unter anderem wegen der Nutzungsmöglichkeit erweiterter Betreuungssysteme beispielsweise durch die Großeltern etc. von großer Bedeutung sein könnten. Leider liegen zu diesem Thema keine weiteren Erkenntnisse vor, jedoch ist es möglich, daraus mit Vorsicht abzuleiten, dass in den Herkunftsfamilien ein größerer Bedarf an Aufklärungs- und Beratungsangeboten für diese spezielle Lebenssituation existieren könnte. Weiterhin könnte ein Bedarf an Angeboten zur Konfliktklärung von den Beteiligten der Regenbogen- mit den Personen der Herkunftsfamilien bestehen. Sollten sich diese Konflikte nicht klären lassen, könnte ein Bedarf an alternativen Betreuungssystemen (neben Großeltern etc.) resultieren.

Erkenntnisse zur Lebenssituation

Ein Viertel der Befragten wohnt bereits das ganze Leben in Köln. Für manche Befragte ist der Umzug nach Köln Teil einer bewussten Entscheidung im Rahmen der Familienplanung – mit der Zielsetzung, in der Stadt Köln diskriminierungsfrei(er) als Familie leben zu können. Interessant ist, dass ein großer Anteil der Befragten recht zentral in Köln wohnt, was im Vergleich zur Kinderdichte der Viertel (Auskunft der Stadt Köln) gegenläufig ist: In der Innenstadt leben insgesamt nicht so viele Familien mit Kind/Kindern.

Die Angebote, die von den befragten Familien verstärkt in Anspruch genommen werden, sind

Beratungs- und Freizeitangebote (31%), gefolgt von den Angeboten der Ämter und Behörden (10%) sowie den pädagogischen Angeboten (9%). Insgesamt fällt beim Nutzungsverhalten der Befragten auf, dass vor allem auf Regenbogenfamilien spezialisierte Angebote – sowohl im Freizeit-, Beratungs- und pädagogischen Bereich – im Vergleich zu nicht-spezialisierten Angeboten deutlich stärker in Anspruch genommen werden. Gerade Angebote von den beiden Kooperationspartnern der Studie, LSVD und Rubicon, werden in beträchtlichem Umfang genutzt (Lesben- und Schwulverband Deutschland bzw. das „Regenbogenfamilienprojekt“ des Verbands sowie das Beratungszentrum Rubicon, das spezielle Angebot für Regenbogenfamilien und solche, die eine werden wollen, anbietet). Hier betonen sogar 90% der Befragten, dass sie diese Angebote bevorzugt in Anspruch nehmen, weil es sich um spezialisierte Anbieter handelt. Zentral ist, dass bei diesen beiden Anbietern zu 100% eher positive bis sehr positive Erfahrungen berichtet werden. Die Strategie der Befragten, auf spezialisierte Anbieter zu setzen, scheint nicht ausschließlich auf den LSVD und das Rubicon bezogen sinnvoll zu sein: Wenn positive Erfahrungen bei der Inanspruchnahme von Angeboten berichtet wurden, handelte es sich hauptsächlich um solche von spezialisierten Anbietern.

Werden Konflikte und/oder Diskriminierung bei der Inanspruchnahme von Angeboten erlebt, handelt es sich dabei umgekehrt hauptsächlich um Angebote von Ämtern und Behörden. 26% der Befragten – und damit mehr als doppelt so viele Befragte wie in der BMJ-Studie (Rupp, 2009) – berichten in dem Zusammenhang von negativen Erfahrungen und nennen dabei insbesondere das Amt für Kinder, Jugend und Familie (primär in Köln) und zwar vor allem bezogen auf die Themenkreise Stiefkindadoption und Übernahme einer Pflegschaft.

Neben den Konflikten in Ämtern und Behörden werden auch konfliktäre Situationen und Diskriminierungen in städtischen Einrichtungen, z. B. in Kindergärten und Schulen, benannt. Dabei gilt es zu beachten, dass diese Situationen auch von den Kindern selbst erlebt werden. Die Chance, die in dieser weniger erfreulichen Erkenntnis liegt, hängt im Wesentlichen mit der Frage zusammen, welche Einrichtungen im Bereich Kinderbetreuung genutzt werden: Sowohl bei Kindergärten als auch bei Schulen wählen die Befragten vornehmlich städtische Angebote. Das bedeutet, dass Städte und Kommunen ihre Verantwortung zur Verbesserung dieser Situation sowohl für die beteiligten Eltern als auch für die Kinder in diesen Einrichtungen nutzen können.

Neben Konflikten und Diskriminierung in der Öffentlichkeit, die von 12% der Befragten als Problem erlebt und benannt wird, beschreiben 5% der Befragten, dass sie als Familie in der schwul-lesbischen Community nicht berücksichtigt werden bzw. die Bedürfnisse einer Familie häufig nicht mit den Angeboten der Community zu vereinbaren sind.

Als Konsequenz aus dem Konflikt- und Diskriminierungserleben der Befragten resultiert unter anderem, dass sich fast die Hälfte der Befragten (44%) im Vergleich zu heterosexuellen Familien als höher belastet erlebt (Selbsteinschätzung der Befragten im Vergleich zu heterosexuellen Familien „Wenn Sie einmal Ihre Regenbogenfamilie mit Familien heterosexuellen Hintergrunds vergleichen – ist Ihre Familienkonstellation höher, gleich stark oder niedriger belastet?“: gleich stark = 42%, geringer = 5%, kann das nicht einschätzen/keine Angabe = 10%).

Ein zentrales Ergebnis der Studie liegt in der Einschätzung der Kompetenz der Anbieter von Beratungs- und Freizeitangeboten, pädagogischen Angeboten sowie von Angeboten der Ämter und Behörden durch die Befragten. Diese charakterisieren den großen Teil der Anbieter als kompetent. Lediglich bei den Angeboten von Ämtern und Behörden stellen fast 70% der Befragten fest, dass die Anbieter nicht oder nur teilweise kompetent sind.

41% der Befragten benennen Verbesserungsbedarfe bei Ämtern und Behörden, dabei wird insbesondere auf die Stadtverwaltung, das Jugendamt und die Einrichtungen der Kinderbetreuung Bezug genommen. Darüber hinaus stört die Befragten (91%) die fehlende Abbildung ihrer Lebens- und Familienrealität in Formularen der Stadt und sie wünschen sich diesbezüglich eine Aktualisierung.

Jeweils ein Fünftel der Befragten (21%) sieht Verbesserungsbedarf bei pädagogischen und Beratungsangeboten. Insbesondere werden hier Wünsche nach mehr finanziellen, zeitlichen und räumlichen Ressourcen für Regenbogenfamilien formuliert. Sicher auch auf den gesammelten positiven Erfahrungen bei spezialisierten Anbietern aufbauend betonen einige Befragte, wie wichtig diese Angebote sind und dass sie sich einerseits die Sicherstellung und andererseits den Ausbau spezialisierter Angebote wünschen.

Bei den Befragten besteht ein grundsätzliches Bedürfnis, wahr- und ernst genommen zu werden, das z. B. durch die Repräsentation dieser Familienform in den regionalen Medien nicht abgedeckt wird. Auch die Thematisierung der Regenbogenfamilie in den Betreuungseinrichtungen ist nur in 26% der

Fälle einmal bis mehrmals erfolgt. Das führt dazu, dass sich die Befragten oft selbst engagieren, um die eigene Lebensform in den Kindergärten und/oder Schulen zum Thema zu machen.

Um sowohl für ihre Kinder als auch für die eigene Lebenssituation mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz zu erreichen, wünschen sich einige Befragte mehr Unterstützung, z. B. in Form öffentlichkeitswirksamer Kampagnen, Schulung der Mitarbeiter_innen sowohl im Verwaltungs- als auch im pädagogischen Bereich und auch die Anschaffung entsprechender Materialien in den Betreuungseinrichtungen.

Insgesamt bleibt zu resümieren, dass diese Familien einen wichtigen Beitrag gesellschaftlicher Verantwortung unter schlechteren Startvoraussetzungen leisten, denn die Regenbogenfamilien sind im Vergleich zu Familien, die aus einer heterosexuellen Ehe heraus gegründet werden, in verschiedenen Lebensbereichen (wie z. B. bei Familiengründung [Adoption oder Insemination], Lebensgestaltung [hinsichtlich rechtlicher Aspekte] und Teilhabe [bezogen auf gesamtgesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen]) deutlich benachteiligt.

Vor diesem Hintergrund war es das Ziel der Studie, die Lebenssituation von Kindern und Eltern in diesen besonderen Familienkonstellationen in Köln genauer zu betrachten, um Empfehlungen für die Stadt abzuleiten. Die so elaborierten Empfehlungen lassen sich auf Nordrhein-Westfalen bzw. Deutschland als Ganzes übertragen.

Daher soll an dieser Stelle zum aktualisierten und modifizierten Fazit der Studie „Wir sind Eltern!“ inklusive der abgeleiteten Empfehlungen aus der Studie übergeleitet werden.

Wünsche der Regenbogenfamilien und daraus abgeleitete Empfehlungen aus dem Fazit der Studie „Wir sind Eltern!“

Im folgenden Abschnitt wird zunächst jeweils die Empfehlung aus der Studie „Wir sind Eltern!“ in der ursprünglichen Form zitiert und sodann ergänzt und aktualisiert sowie – wenn sinnvoll – auf die gesamtdeutsche Situation angewendet.

Erste Empfehlung der Studie: Die rechtliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe aktiv unterstützen

„Einige Befragte formulieren den Wunsch, dass die Tatsache ihrer Verantwortungsübernahme innerhalb der Partner- und Elternschaft mit den gleichen Rech-

ten zu institutionalisieren ist wie es in der Ehe in Deutschland möglich ist. Einige Schwierigkeiten, vor denen die Befragten aktuell stehen, ließen sich auf diese Art und Weise unkompliziert beheben.“

Der Wunsch ist z. B., dass die gemeinsame (Fremd-kind-)Adoption ermöglicht und auch der Zugang zu Samenbanken bzw. die Spendersamenbehandlung legalisiert wird – wie es in einigen europäischen Nachbarländern bereits der Fall ist. Daneben wünschen sich die Befragten, auf der Ebene der finanziellen Unterstützung ebenso behandelt zu werden wie Ehepartner_innen mit Kind/Kindern.

Diese Wünsche liegen zwar außerhalb des direkten Einflussbereichs der Kommune, dennoch könnte die Stadt Köln die aus der Studie resultierende Empfehlung aktiv an die Landes- und Bundespolitik herantragen und damit den Ergebnissen der Studie ‚Wir sind Eltern!‘ als familienfreundliche Stadt ein besonderes politisches Gewicht verleihen.“

Im Rahmen dieses Artikels gilt es, diese Empfehlung auch und gerade unter Kindeswohlperspektive zu diskutieren, denn die Auswirkungen der rechtlichen Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die mit 67% der Befragten die häufigste Form des elterlichen Zusammenlebens abbildet, betreffen final vor allem die Kinder, die in diesem Zusammenhang groß werden.

Die zusätzlichen juristischen, ökonomischen und psychischen Belastungen, mit denen sich Regenbogenfamilienkonstellationen konfrontiert sehen – vor dem Hintergrund der bereits ausgeführten Ungleichbehandlungen – können final zu Beeinträchtigungen der Lebenssituation der Kinder beitragen: Beispielsweise die juristische Unsicherheitssituation im Zusammenhang der Stiefkindadoption bei Tod des biologischen Elternteils, die finanzielle Schlechterstellung eingetragener Lebenspartner_innen im Vergleich zu verheirateten Elternpaaren sowie eine höhere psychische Belastung der Eltern können sich auf die Kinder auswirken. Aus diesem Grund ist zu prüfen, in welcher Form rechtliche Rahmenbedingungen – im Sinne des Kindeswohls – zu modifizieren sind.

Zweite Empfehlung der Studie: Zur Verbesserung der Möglichkeiten zur Familiengründung und zur Optimierung der rechtlichen Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien und eingetragenen Lebenspartnerschaften beitragen

„Einige Familien äußern den Wunsch, dass die Möglichkeiten zur Familiengründung für lesbische und schwule Paare mit Kinderwunsch erleichtert werden.

Hier sind alle verschiedenen Realisierungsformen der Elternschaft gemeint. Unabhängig davon, ob es um die Realisierung des Kinderwunsches durch Adoption bzw. Pflegschaft geht oder ob die Familien sich für Mehrelternschaftsmodelle oder Spendersamenbehandlung (im Optimalfall im Inland) mit jeweils anschließend stattfindenden Stiefkindadoptionen entscheiden, in allen Fällen könnte die Stadt im Rahmen ihrer Verantwortung, z. B. über die Angebote des Amtes für Kinder, Jugend und Familie oder z. B. Aufklärung der regionalen Gynäkologinnen bzw. Fertilisationszentren mehr Unterstützung bieten.“

Auch der Wunsch nach Optimierung der rechtlichen Absicherung könnte im Rahmen der Entscheidungsbefugnisse der Stadt durchaus geschehen: Z. B. könnte die Stadt Köln – auch in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern LSVD und Rubicon – Empfehlungen in Bezug auf einen guten Umgang mit dem Konstrukt der Stiefkindadoption in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften erarbeiten und als Best-Practice-Beispiel etablieren. Darüber hinaus sind Angebote zur Unterstützung bei der Gründung der Regenbogenfamilie zu empfehlen (siehe 9. Empfehlung).“

In diesem Artikel und der daraus resultierenden Aktualisierung der Empfehlungen sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: Erstens ist im Zusammenhang mit der Stiefkindadoption zu diskutieren, dass hier ein Konstrukt für heterosexuelle Trennungsfamilien auf die eingetragene Lebenspartnerschaft übertragen wurde. Dieses Konstrukt ist aber ausschließlich für Konstellationen unmittelbar passend, in denen auch eine Trennung erfolgt ist, z. B. also für Familien mit Kind/Kindern aus heterosexueller Vergangenheit. Für alle Konstellationen, in denen die Kinder in die gleichgeschlechtliche Partnerschaft hineingeboren werden, ist die Stiefkindadoption mit ihren Regelungen ein der Lebensrealität der Familien nicht entsprechendes Hilfskonstrukt. Eine für diese Familien kongruente und darauf aufbauend rechtlich wohlgedachte Regelung wäre hier wünschenswert. Zweitens ist – insbesondere die Tatsache einbeziehend, dass es sich bei einem Viertel der Familien um Queer-Families handelt – zu berücksichtigen, dass im Rahmen der Vielfalt der Familienmodelle eine völlig neue Form der Elternschaft entstanden ist: Die Mehrelternschaft. Für die rechtliche Absicherung dieser Form der elterlichen Verantwortung besteht in Deutschland zum aktuellen Zeitpunkt keine Möglichkeit. Jedoch ist für einige Familien, beispielsweise für ein lesbisches Paar, das in seiner eingetragenen Lebenspartnerschaft den Lebensmittelpunkt für ihre zwei Kinder bildet, und

den Vater dieser Kinder, der aus seiner Rolle als schwuler Freund der beiden Mütter heraus auch soziale Verantwortung für seine Kinder übernimmt, eine neue Form der juristischen Abbildung wünschenswert. Hier sind völlig neue Konzepte zu diskutieren, die im Übrigen auch für alle Patchwork-Familien von Vorteil sein könnten.

Dritte Empfehlung der Studie: Die Sensibilisierung und Erweiterung der Kompetenz von Verwaltungsmitarbeiter_innen im Umgang mit Regenbogenfamilien fördern

„Wie in der Online-Befragung und in den persönlichen Interviews deutlich wurde, besteht ein großer Teil des Konflikterlebens in Auseinandersetzungen und Diskriminierung mit Ämtern und Behörden – insbesondere jedoch dem Amt für Kinder, Jugend und Familie.

Demnach wünschen sich viele Familien, dass die Mitarbeiter_innen in der Verwaltung sensibilisiert und geschult werden. Weiterbildungsmaßnahmen, die sowohl auf der persönlichen Ebene eine Reflexion der eigenen Familienbilder abdeckt als auch auf der Ebene von Information, die die Beschäftigten mit dem notwendigen Wissen ausstattet, könnten diesem Wunsch in angemessener Art und Weise Rechnung tragen.“

Jedwede Form von Berücksichtigung vielfältiger Lebensweisen in der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter_innen im öffentlichen Dienst bzw. in der Verwaltung gerade auch über die Stadt Köln hinaus – im Optimalfall bundesweit – ist auf der Basis der Erkenntnisse der vorliegenden Studie sehr zu begrüßen. Demnach sollte entsprechendes psychologisches Fachpersonal, das sich mit den Spezifika von Regenbogenfamilien auskennt, in der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter_innen im öffentlichen Dienst bzw. in der Verwaltung eingesetzt werden, um eine solche Sensibilisierung vorzunehmen sowie zur entsprechenden Kompetenzerweiterung beizutragen.

Vierte Empfehlung der Studie: Die Sensibilisierung und Qualifikation von Fachkräften (und Ehrenamtler_innen) in der pädagogischen Arbeit fördern

„Analog zu den Wünschen, die in der dritten Empfehlung mündeten, äußern die Befragten Wünsche bezüglich der Mitarbeiter_innen im pädagogischen Bereich.

Gerade für die Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen in städtischer Trägerschaft, die von den Regenbogenfamilien ohnehin primär in Anspruch ge-

nommen werden, hat die Stadt die Gelegenheit, die Situation sowohl für die Kinder als auch für die Eltern positiv zu beeinflussen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Kinder noch relativ jung sind und davon auszugehen ist, dass weitere Kindergenerationen hinzukommen, sodass ein züliges Handeln in dem Themenfeld für eine nicht unbeträchtliche Zahl an Kindern nachhaltige Veränderungen erzeugen könnte.“

Ebenso wie in der dritten Empfehlung ist hier einerseits eine Sensibilisierung des pädagogischen Personals im Sinne der Selbstreflexion eigener Familienbilder und andererseits die Qualifikation der Fachkräfte bezüglich ihres Wissens um diese neuen Familienformen indiziert. Ein fundiertes Konzept zur Weiterbildung pädagogischen Fachpersonals würde dem Wunsch der Familien gerecht werden.“

Für diesen Artikel gilt – analog zur dritten Empfehlung – auch im pädagogischen Bereich, dass die Berücksichtigung vielfältiger Lebensweisen nicht nur in der Weiterbildung, sondern insbesondere auch in der Ausbildung des pädagogischen Fachpersonals einen grundsätzlichen Baustein für die fachlichen Basiskompetenzen darstellt und demnach in den jeweiligen Curricula vorgesehen sein sollte. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die große Zahl der Kinder, die zum Erhebungszeitpunkt noch im Vorschulalter waren, nun weitgehend bereits die Schule besucht. Daneben werden in gleichem bzw. erwartungsgemäß verstärktem Ausmaß Kinder in gleichgeschlechtlichen Elternkonstellationen aufwachsen und zunächst das pädagogische Fachpersonal im Vorschul-, später im Schulbereich mit ihrer Lebensrealität konfrontieren. Erzieher_innen und Lehrer_innen sollten diesbezüglich entsprechend ausgebildet sein.

Analog gelten diese Empfehlungen selbstverständlich auch für psychologisches Fachpersonal, insbesondere im familientherapeutischen Kontext: In der Arbeit mit Regenbogenfamilien sind die Spezifika, die diese Familienkonstellationen ausmachen, zu berücksichtigen, sodass auch solche Familienkonstellationen in die Aus- und Weiterbildung von psychologischem Fachpersonal Eingang finden sollten.

Fünfte Empfehlung der Studie: Die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen unterstützen

„Ein Wunsch der Befragten ist es, dass ihre Kinder in den Betreuungseinrichtungen und auch im Freizeitbereich keine Diskriminierung durch die Peers (Gleichaltrigengruppe) erleben.

Dafür ist zum einen die Kompetenz des pädagogischen Personals gefragt, denn nur, wenn diese eine adäquate

Weiterbildung bezüglich der benannten Themen durchlaufen haben, sind sie qualifiziert, in entsprechenden Situationen geeignete Interventionen zu platzieren.

Darüber hinaus erscheint die Anschaffung entsprechender (Informations-)Materialien hilfreich und sinnvoll. So würde den Kindern von vorneherein die real existente Vielfalt von Familienformen – und damit sind nicht ausschließlich Regenbogenfamilien, sondern jedwede der modernen Familienformen gemeint – auch in den Bilderbüchern, Spielen etc. in der jeweiligen Einrichtung begegnen.“

Darüber hinaus weisen weitere Studien auf spezifische Herausforderungen für Kinder aus Regenbogenfamilien durch diskriminierende Erfahrungen im nichtfamiliären Kontext hin (vgl. VLSP-Empfehlung, Nr. 11; Wolf, Fünfgeld, Oehler & Andrae, 2015). Dies unterstreicht die Bedeutung dieser Empfehlung auch über die Stadt Köln hinaus, sodass diese Empfehlung uneingeschränkt auf alle Einrichtungen in Deutschland zu übertragen ist. Explizit sind Materialien darauf zu prüfen, ob sie die reale (Familien-)Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden – bezüglich der sexuellen Identität der Eltern ebenso wie hinsichtlich Familien vielfältiger Nationalitäten bzw. Ethnizitäten oder Konstellationen mit Familienmitgliedern mit einer Behinderung.

Sechste Empfehlung der Studie: Die Öffentlichkeit bezüglich vielfältiger Familienformen sensibilisieren

„Neben der Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen ist den Befragten eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit ein Anliegen.

Manche Befragte haben heftige Diskriminierungserfahrungen in der Öffentlichkeit gemacht – bis hin zu körperlicher Gewalt.

Hier wünschen sich die Befragten ein deutliches Signal der Stadt, dass ‚Köln zu seinen Regenbogenfamilien steht ... ein klares ‚Ja‘ zu Lesben und Schwulen ... ein ‚Ja‘ zu Familie‘, so eine Befragte in dem qualitativen Interview. Einige Befragte haben hier eine öffentlichkeitswirksame Kampagne, so ähnlich wie aktuell in Berlin, vor Augen, sodass neue Familienformen und insbesondere Regenbogenfamilien sichtbar werden und die Kölner Bürger_innen dadurch ihr Bild von Familie erweitern können.“

Auch diese Empfehlung (siehe fünfte Empfehlung) ist uneingeschränkt auf das gesamte Bundesgebiet zu übertragen. Hier ist sicher zu berücksichtigen, dass eine öffentlichkeitswirksame Kampagne, die themenspezifisch ist, emotional anspricht und mehrere Aspekte von Vielfalt einbezieht, besonders erfolgsversprechend ist. Gleichzeitig ist vor dem

Hintergrund aktueller Entwicklungen der medialen Darstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen bzw. der verstärkten Veröffentlichung von Ressentiments gegenüber gleichgeschlechtlichen (Eltern-) Paaren eine unaufgeregte, fachlich fundierte Berichterstattung zu empfehlen.

**Siebte Empfehlung der Studie:
Regenbogenfamilien wahr- und ernst nehmen,
fördern und stärken**

„Ein deutliches Signal der Stadt Köln in einer Form wie in der sechsten Empfehlung formuliert, würde sicher auch dazu beitragen, dem Wunsch der Familien nach mehr Sichtbarkeit, Wertschätzung und Förderung gerecht zu werden.

Hier wünschen sich einige Befragte, auf den Seiten der Stadt Köln – insbesondere zum Thema Pflegschaft – explizit angesprochen zu werden. Für einige lesbische oder schwule Paare mit Kinderwunsch wird in den Online-Angeboten der Stadt nicht deutlich, ob sie als Eltern überhaupt in Frage kommen. Gäbe es hier eine eindeutige Formulierung auf der Homepage, würden sich auch potenzielle Pflegemütter bzw. -väter in lesbischen oder schwulen Lebenszusammenhängen eingeladen fühlen und könnten so Kindern ein Zuhause bieten. Auch hier wird die Idee einer Pflegeelternkampagne platziert, so wie sie vor einigen Jahren in Wien stattgefunden hat. Es gibt auf Seiten der Stadt einen hohen Bedarf an zuverlässigen Pflegeeltern und laut den Befragten gibt es in der angesprochenen Zielgruppe einige Eltern, die dafür sehr gut geeignet seien.“

Diese siebte Empfehlung kann als die Kernempfehlung gelten, die die Basis sämtlicher anderer Empfehlungen bildet. Es geht darum, Familie an sich – unabhängig von Kriterien, die diese Familie als besonders erscheinen lassen, sei es ein spezifischer kultureller Aspekt, eine körperliche Besonderheit eines Kindes oder Elternteils oder die sexuelle Identität der Eltern – als achtens- und schützenswerten Ursprung gesellschaftlicher Entwicklung zu würdigen.

**Achte Empfehlung der Studie:
(Herkunfts-)Familien im Umgang
mit den neuen Familienformen begleiten**

„Die Befragten berichten teilweise über starke Konflikte mit ihrer eigenen Herkunftsfamilie. Gleichzeitig sind Angehörige der Herkunftsfamilie oft hilfreiche und notwendige Unterstützer_innen bei der Kinderbetreuung, auf die Regenbogenfamilien wegen der Konflikte dann nicht zurückgreifen können. Daher könnten die Produktion entsprechender (Informations-)Materialien und/oder Angebote für Beratung

von und Vernetzung unter Herkunftsfamilien sinnvoll sein. Gegebenenfalls wären auch Angebote zur Konfliktklärung und -beilegung, gegebenenfalls Mediation zwischen den Regenbogenfamilien und ihren Herkunftsfamilien eine hilfreiche Maßnahme.“

Auch andere Studien zeigen, dass es im Rahmen von lesbischer, schwuler und bisexueller Elternschaft zu Belastungen durch Konflikte mit der Herkunftsfamilie kommen kann. In Konsequenz kann es nicht nur zu unmittelbaren negativen Auswirkungen wie dem Ausbleiben von Unterstützung durch die Herkunftsfamilie kommen. Studien zeigen auch, dass Belastungen durch eine Nichtakzeptanz sowie diskriminierendes Verhalten durch die Herkunftsfamilie sowohl bei den lesbischen, schwulen und bisexuellen Eltern als auch bei deren Kindern weitere negative Auswirkungen haben kann. So können diese Erfahrungen die Entwicklung eines positiven Selbstwertkonzepts beeinträchtigen und zu negativen Selbstschemata und resultierenden starken inneren Spannungen führen (für eine Übersicht vgl. VLSP-Empfehlung Nr. 12; Wolf et al., 2015). Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Kindeswohls wird an dieser Stelle der Interventionsbedarf deutlich. Die Maßnahmen, die sich aus der achten Empfehlung ableiten lassen, sind als hilfreiche Instrumente für Nordrhein-Westfalen bzw. ganz Deutschland zu empfehlen und können als sichernd und stabilisierend für Regenbogenfamilien im Kontext ihrer Herkunftsfamilien betrachtet werden – gerade auch in familientherapeutischen Settings.

**Neunte Empfehlung der Studie:
Die auf Regenbogenfamilien spezialisierten
Angebote im Beratungs-, Freizeit- und
pädagogischen Bereich sicherstellen und
ausbauen**

„Viele Befragte haben spezialisierte Angebote – insbesondere im Beratungs- und Freizeitbereich – in Anspruch genommen. Die Tatsache, dass es sich um Angebote bzw. Anbieter handelte, die auf die individuellen Belange der Regenbogenfamilien spezialisiert sind, wurde von den Befragten als ein wesentliches Kriterium zur Nutzung angesehen. Auch die Kompetenz der spezialisierten Anbieter wird von den Befragten durchgehend positiv bewertet.

Bezogen auf die spezialisierten Angebote lässt sich also resümieren, dass die Befragten diese ausgesprochen schätzen und sich nicht nur für die Sicherstellung dieser Angebote aussprechen, sondern sich explizit einen Ausbau derselben wünschen.

Darüber hinaus könnten diese spezialisierten Träger dann auch verstärkt Angebote zur Unterstützung bei

der Gründung einer Regenbogenfamilie machen, Beratung für bereits bestehende Familienkonstellationen anbieten und wichtigen Expert_innen-Rat für andere Anbieter oder auch für städtische Einrichtungen geben.“

Die neunte Empfehlung ist nicht nur uneingeschränkt auf Deutschland zu übertragen, sie ist sogar noch expliziter zu formulieren. In Köln finden wir mit der Ansiedelung des Regenbogenfamilienprojekts des LSVD e. V. und dem Beratungszentrum Rubicon, das im Rahmen seiner Beratungsschwerpunkte Regenbogenfamilien auch explizit adressiert, eine im bundesweiten Vergleich sicher erfreuliche Struktur vor. In anderen Städten Deutschlands oder im ländlichen Raum finden lesbische und schwule Paare mit Kinderwunsch bzw. Regenbogenfamilien eine deutlich schwierigere Situation vor, sodass die Empfehlung hier insofern modifiziert werden muss: Die auf Regenbogenfamilien spezialisierten Angebote im Beratungs-, Freizeit- und pädagogischen Bereich aufbauen, sicherstellen und bei weiterem Bedarf gegebenenfalls ausbauen.

Zehnte Empfehlung der Studie: Studien zum Thema Regenbogenfamilien und ihren Kinder forcieren

„Nicht zuletzt wurde durch die Befragten – vor allem im letzten Freitextfeld der Online-Befragung, in dem sie die Möglichkeit hatten, Anregungen zu geben oder dem Forscher_innen-Team noch etwas mitzuteilen – deutlich darauf hingewiesen, dass sie die Initiative zu einer solchen Studie ausgesprochen begrüßen:

- ▶ „Vielen Dank für diese Studie. Ich halte das für sehr wichtig.“

Einige Befragte äußern, dass sie sich weitere Forschung in dem Feld wünschen und es noch einige Themen gibt, die mit dieser Befragung noch nicht abgedeckt sind.

- ▶ „Wir finden es gut, dass sich mal einer dafür interessiert und hoffen, dass aufgrund dieser Studie auch Konsequenzen folgen.“
- ▶ „Wir freuen uns, dass es solch eine Studie gibt und erhoffen uns – auch durch unsere Teilnahme als Regenbogenfamilie –, dass unsere Lebensform als komplett selbstverständlich angesehen wird ...! Danke.“

Daher bleibt festzuhalten, dass Forschung in diesem Themenfeld nicht nur für die Befragten ein Zeichen von Wertschätzung ihrer Person darstellt, sondern auch unter wissenschaftlicher und politischer Perspektive eines der zentralen Instrumente bildet, um die Lebenssituation von Regenbogenfamilien und ihren Kindern nachhaltig zu verbessern.“

Die zehnte Empfehlung ist sowohl auf andere Kommunen zu übertragen, als auch bundesweit weiter-

zuentwickeln. Bezogen auf andere Kommunen kann die Kölner Studie als Beispiel genutzt werden, um in ähnlicher Art und Weise die Lebenssituation der dortigen Regenbogenfamilien zu erheben und in der Umsetzung der Erkenntnisse bei Bedarf zu einer Verbesserung beizutragen. Bundesweit erscheint darüber hinaus weiterer Forschungsbedarf, insbesondere, was die Lebenssituation der Kinder im schulischen Kontext und grundsätzlich auch die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder bis hin ins Erwachsenenalter angeht – hier liegen bis dato für Deutschland keine Langzeitstudien vor. Diese Empfehlung lässt sich an die generelle Empfehlung anschließen, die Studienlage zu LSBT*-Lebensweisen zu verbessern, wie sie in den VLSP-Empfehlungen zur psychotherapeutischen Arbeit formuliert wird (vgl. VLSP-Empfehlungen, Nr. 24; Wolf et al., 2015).

Ressourcenperspektive: Neben den Wünschen, die die Regenbogenfamilien haben – was haben diese Familien zu bieten?

Abschließend soll der Fokus – wie im Fazit der Studie selbst – darauf gerichtet werden, welche besonderen Ressourcen diese neuen Familienkonstellationen für die Kinder selbst und gegebenenfalls darüber hinausgehend für die gesellschaftliche Entwicklung bieten. Für ein tieferes Verständnis der Genese dieser Betrachtungsweise sei noch einmal auf die Lektüre der gesamten Studie verwiesen (Frohn et al., 2011; siehe Literaturverzeichnis inklusive Link zum PDF-Dokument der Studie).

„Bisher war der Fokus darauf gerichtet, welche Wünsche an die Stadt Köln bestehen, damit die Besonderheit(en) der befragten Familien die notwendige Berücksichtigung finden.

Die umgekehrte Perspektive erscheint jedoch mindestens genauso wichtig und sinnvoll: Inwiefern bilden die Besonderheiten dieser Familienkonstellationen bedeutsame Ressourcen für die Stadt Köln bzw. generell für die Familienpolitik in Deutschland?

Als erstes ist davon auszugehen, dass in wenigen anderen deutschen Familien die Entscheidung für Kinder so bewusst getroffen und planvoll durchgeführt wird. Ein darüber hinaus ausgeprägtes Engagement im Zuge der Realisierung der Elternschaft einerseits und ein hoher Grad an Verantwortung gegenüber dem_der Partner_in und den Kindern andererseits lassen sich bei den Eltern in Regenbogenfamilien deutlich erkennen.

In der gleichgeschlechtlichen Partner- und Elternschaft liegt die Chance einer gleichberechtigten Verantwortungsaufteilung bezüglich der notwendigen

Haushalts- und Erziehungsaufgaben. Diese Chance wird von einem großen Teil der Befragten deutlich genutzt. Dadurch werden ein demokratisches Familienklima sowie eine stärker egalitäre Verantwortungsaufteilung möglich.

Diese Tatsache und generell das (Mit-)Erleben, dass es Konstellationen gibt, in denen zwei Mütter bzw. zwei Väter in elterlicher Verantwortung sind, trägt für heterosexuelle Eltern zur Reflexion von Geschlechterrollen und deren Zuschreibungen bei.

Bezogen auf Geschlechterrollen ist auch für die Kinder in diesen Konstellationen ein breiterer Fokus möglich, sodass sie selbst die Gelegenheit erhalten, ein für sich persönlich stimmiges genderbezogenes Handlungsrepertoire bzw. einen größeren Handlungsspielraum im Umgang mit Gendernonkonformität zu entwickeln. Das bedeutet, dass die Kinder in ihrer Sozialisation aus vielfältigen Rollenvorbildern auswählen können. Nicht zuletzt ist bezüglich der zukünftigen Bildungsbiografie davon auszugehen, dass diese Familien den Kindern besonders günstige Startvoraussetzungen bieten.⁴

Als Resümee bleibt festzuhalten, dass Regenbogenfamilien bezogen auf die Aspekte der Reflexion der Entscheidung zur Elternschaft, die eher egalitäre Verantwortungsaufteilung und das demokratische Familienklima sowie das elterliche Engagement sicher als ein Best-Practise-Beispiel für moderne Familienformen gelten können.

Literatur

- Berlin-Institut (2005). *Dokumentation der Bevölkerungsberechnung 2050*. Berlin: Berlin-Institut. Verfügbar unter: www.berlin-institut.org/studien/ungewollt-kinderlos/ungewollt-kinderlos.html.
- Destatis (2009). *Migration und Integration*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Verfügbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/MigrationIntegration.psm1 (Zugriff am 31.03.2011).
- Destatis (2010a). *Bildungsniveau in der Bevölkerung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Verfügbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/09/PD10__313__217.psm1 (Zugriff am 31.03.2011).
- Destatis (2010b). *Alleinerziehende in Deutschland*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Verfügbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2010/Alleinerziehende/pressebroschuere__Alleinerziehende2009.property=file.pdf (Zugriff am 31.03.2011).
- fowid (Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland) (2010). *Religionszugehörigkeit in Deutschland*. Verfügbar unter: http://fowid.de/fileadmin/datenarchiv/Religionszugehoerigkeit/Religionszugehoerigkeit_Bevoelkerung_1970_2010.pdf (Zugriff am 31.03.2011).
- Frohn, D., Hertzberg-Floßdorf, M. & Wirth, T. (2011). *Wir sind Eltern! Eine Studie zur Lebenssituation von Kölner Regenbogenfamilien*. Köln: Stadt Köln. Verfügbar unter: www.dominicfrohn.de/publikationen.htm (Zugriff am 02.07.2012).
- Fthenakis, W. E. & Ladwig, A. (2002). Homosexuelle Väter. In W. E. Fthenakis & M. R. Textor (Hrsg.), *Mutterschaft, Vaterschaft*. Weinheim: Beltz.
- Funcke, D. & Thorn, P. (Hrsg.). (2010). *Die gleichgeschlechtliche Familie mit Kindern. Interdisziplinäre Beiträge zu einer neuen Lebensform*. Bielefeld: transcript.
- Jansen, E. & Steffens, M. C. (2006). Lesbische Mütter, schwule Väter und ihre Kinder im Spiegel psychosozialer Forschung. *Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis*, 38 (3), 643–656.
- Jungbauer, J. (2009). Regenbogenfamilien. In J. Jungbauer, *Familienpsychologie* (S. 84–96). Weinheim: Beltz.
- Müller, H. (2008). Die Spendersamenbehandlung bei Lebenspartnerinnen und alleinstehenden Frauen – ärztliches Handeln unter dem Diktum vermeintlicher Illegalität. *GesundheitsRecht*, 573.
- Rauprich, O. (2008). Sollen Kinderwunschbehandlungen von den Krankenkassen finanziert werden? In G. Bockenheimer-Lucius, P. Thorn & C. Wendehorst (Hrsg.), *Umwege zum eigenen Kind* (S. 31–48). Göttingen: Univ.-Verlag.
- Rupp, M. (Hrsg.). (2009). *Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften*. Köln: Bundesanzeiger Verlag.
- Rupp, M. (Hrsg.). (2011). Partnerschaft und Elternschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren. Verbreitung, Institutionalisierung und Alltagsgestaltung. *Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 7*.
- Schmitt, C., Trappe, H. & Wengler, A. (2010). Häusliche Aufgabenverteilung wandelt sich nur zögerlich. *Demografische Forschung*, 7 (1), 4.
- Sielert, U. (2000). Zwei-Väter- und Zwei-Mütter-Familien. In S. Keil & M. Haspel (Hrsg.), *Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in sozialethischer Perspektive* (S. 45–63). Neukirchen-Vluyn: Neukirchener.
- Stacey, J. & Biblarz, T. J. (2001). (How) does the sexual orientation of parents matter? *American Sociological Review*, 66 (1), 159–183.
- Streib-Brzic, U. & Quadflieg, C. (2001). *School is out?! Vergleichende Studie „Erfahrungen von Kindern aus Regenbogenfamilien in der Schule“*. durchgeführt

in Deutschland, Schweden und Slowenien. Teilstudie Deutschland. Berlin: Humboldt-Universität.

- Tucholski, M. (2010). *Kinder in Regenbogenfamilien, Betrachtungen zum Kindeswohl unter Einbezug entwicklungspsychologischer Aspekte*. Saarbrücken: VDM.
- Wengler, A., Trappe, H. & Schmitt, C. (2009). Alles wie gehabt? Zur Aufteilung von Hausarbeit und Elternaufgaben in Partnerschaften. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 34 (1–2), 57–78.
- Wolf, G., Fünfgeld, M., Oehler, R. & Andrae, S. (2015). Empfehlungen zur Psychotherapie und Beratung mit lesbischen, schwulen und bisexuellen Klient_innen. *Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis*, 47 (1). Verfügbar unter: www.vlsp.de

Weitere Literaturhinweise für Regenbogenfamilien sowie zu Kinder- und Bilderbüchern finden sich in

der Studie „Wir sind Eltern!“: www.dominicfrohn.de/publikationen.htm.

Zum Autor

Dominic Frohn beschäftigt sich seit zehn Jahren wissenschaftlich mit dem Thema Regenbogenfamilien. Der vorliegende Artikel fasst im Wesentlichen zehn Empfehlungen zusammen, die sich aus der Studie „Wir sind Eltern!“ ableiten ließen.

Korrespondenzadresse

Dominic Frohn
Hansaring 18
50670 Köln
E-Mail: schreiben@dominicfrohn.de

7. SOMMERAKADEMIE DER DGVT FORT- UND WEITERBILDUNG

**23.-25. Juni 2016
in Rostock-Warnemünde**

**Qualifizieren und regenerieren
an der Ostsee!**


DGVT Fort- und Weiterbildung

Deutsche Gesellschaft für
Verhaltenstherapie e.V.
www.dgvt-fortbildung.de